

Sehr geehrte Vorstandsmitglieder, sehr geehrtes Team von vielbunt e.V.,

haben Sie vielen Dank für die Übersendung Ihrer „vielbunten Forderungen“ zur Kommunalwahl 2026. Wir schätzen Ihre Arbeit als unverzichtbares Sprachrohr für die LSBT*IQ-Community in Darmstadt sehr. Ihre detaillierten Ausführungen verdeutlichen, dass Vielfalt keine abstrakte Idee, sondern eine konkrete Gestaltungsaufgabe für unsere Stadt ist.

Gerne gehen wir auf Ihre Punkte ein und werden auch Projektvorschläge dazu nennen.

1. Soziale Sicherheit und Gesundheit: Schutz vulnerabler Gruppen

Zu 1.1: Gezielte Hilfen für LSBT*IQ-Jugendliche

Wir nehmen Ihre Forderung nach spezialisierten Ansprechpersonen im Jugendamt und sicheren Unterkünften sehr ernst. Wissenschaftlich lässt sich die Dringlichkeit hier mit dem *Minority Stress Model* (Ilan Meyer) begründen. Es besagt, dass chronischer Stress durch Stigmatisierung (hier: in der eigenen Familie) zu massiven Gesundheitsrisiken führt. Wenn das Zuhause kein sicherer Ort („Safe Space“) ist, muss die Kommune als schützende Instanz einspringen, um Traumata zu verhindern. Wir prüfen daher priorisiert die Etablierung spezialisierter Notfallstrukturen, um das „Hin- und Herverweisen“ zwischen Institutionen zu beenden.

Unser Projektvorschlag: „Safe Haven Darmstadt“ – Krisenintervention für LSBT*IQ-Jugendliche

- **Ausgangslage:** Jugendliche erleben Gewalt/Diskriminierung in der Familie; bestehende Wohnangebote sind überlastet.
- **Wissenschaftlicher Ansatz:** *Minority Stress Model*. Der chronische Stress durch fehlende Akzeptanz im nahen Umfeld führt zu signifikant höheren Gesundheitsrisiken. Eine Intervention bricht diese Kausalkette.
- **Maßnahmenplan:**
 1. **Strukturelle Verankerung:** Einrichtung einer spezialisierten Ansprechperson im Jugendamt („Fachstelle Vielfalt“), um das „Hin- und Herverweisen“ zu beenden.
 2. **Unterbringung:** Akquise von „Notfall-Wohnplätzen“ in Kooperation mit freien Trägern (flexibles Krisenkontingent).
 3. **Qualifizierung:** Pflichtschulung für ASD-Mitarbeitende (Allgemeiner Sozialer Dienst) zu queer-spezifischen Gefährdungslagen.

Zu 1.2: Queer-sensible Angebote in der Senior*innenarbeit

Ihr Hinweis auf die Gefahr der Vereinsamung und die Angst vor einem erneuten „Verstecken“ der Identität im Alter ist berechtigt. Hier greift das Konzept des *Person-Environment Fit* (Lawton). Erfolgreiches Altern gelingt nur, wenn die Umweltkompetenz (hier: Sensibilität der Pflegekräfte) zu den individuellen Bedürfnissen der Bewohner:innen passt. Ein städtisches Handlungskonzept „Queer im Alter“ mit Zertifizierungen ist ein hervorragendes Instrument, um diese Passung herzustellen und ein selbstbestimmtes Leben zu garantieren.

Unser Projektvorschlag: Handlungskonzept „Queer im Alter & Pflege“

- **Ausgangslage:** Angst vor Diskriminierung führt zum „Rückzug in den Schrank“ und zur Vereinsamung in Pflegeeinrichtungen.
- **Wissenschaftlicher Ansatz:** *Person-Environment Fit*. Das Wohlbefinden hängt davon ab, wie gut die Umgebung (Pflegeheim, pflegende Personen) zu den biografischen Bedürfnissen (queere Identität) passt.
- **Maßnahmenplan:**
 1. **Zertifizierung:** Einführung eines städtischen Qualitätssiegels „Regenbogen-Kompetenz“ für Pflegeheime.
 2. **Schulungsoffensive:** Entwicklung eines Curriculums für Pflegekräfte in städtischen und privaten Einrichtungen.
 3. **Begegnung:** Förderung eines regelmäßigen „Queeren Senior:innen-Treffs“ in städtischen Räumen.

Zu 1.3: Verbesserung der Gesundheitsversorgung (PrEP & Testkapazitäten)

Die wohnortnahe Versorgung ist ein Schlüsselfaktor für die gesundheitliche Chancengleichheit. Es ist stadtpolitisch nicht hinnehmbar, dass Darmstädter:innen für PrEP- oder HIV-Therapien in Nachbarstädte ausweichen müssen. Wir unterstützen die Forderung nach einer Ansiedlung einer Schwerpunktpraxis sowie die Sicherung der niedrigschwelligen Testangebote bei Gesundheitsamt und Aidshilfe, da diese als präventive „Gatekeeper“ fungieren.

Unser Projektvorschlag: „Health Access“ – PrEP und Testung

- **Ausgangslage:** Versorgungslücken zwingen zum Ausweichen in Nachbarstädte; Testkapazitäten müssen erhalten bleiben.
- **Wissenschaftlicher Ansatz:** *Barrier-Free Healthcare*. Physische Distanz (Reise in andere Städte) wirkt als Barriere für Prävention. Lokale Angebote senken die Hemmschwelle.
- **Maßnahmenplan:**
 1. **PrEP-Ansiedlung:** Runder Tisch mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Hessen zur gezielten Anwerbung einer Schwerpunktpraxis.
 2. **Bestandssicherung:** Langfristige Budgetgarantie für die Testangebote des Gesundheitsamtes und der Aidshilfe Darmstadt e.V.
 3. **Kampagne:** Lokale Informationskampagne zur Entstigmatisierung von HIV/STI-Tests.

2. Bildung und Aufklärung: Prävention und Identität

Zu 2.1: Sensibilisierung in Kitas und Schulen

Ihre Forderung nach Schulungen für pädagogische Fachkräfte wird vollumfänglich unterstützt. Dies entspricht der Kontakthypothese (Allport): Vorurteile werden am effektivsten abgebaut, wenn Begegnung und Wissen frühzeitig vermittelt werden. Da Erzieher:innen oft

unsicher in der Kommunikation mit Eltern und Kindern sind, stärkt die Bereitstellung die professionelle Handlungssicherheit des Personals.

Unser Projektvorschlag: „Vielfalt lernen“ – Sensibilisierung in Kita & Schule

- **Ausgangslage:** Fachkräfte sind oft unsicher im Umgang mit Regenbogenfamilien und geschlechtlicher Vielfalt.
- **Wissenschaftlicher Ansatz:** Kontakthypothese (*Intergroup Contact Theory*). Vorurteile werden durch Wissen und positive Interaktion abgebaut. Pädagoginnen und Pädagogen fungieren hier als Multiplikatoren.
- **Maßnahmenplan:**
 1. **Fortbildungsreihe:** Etablierung jährlicher Fachtage für Erzieher:innen und Lehrkräfte.
 2. **Materialkoffer:** Anschaffung und Verleih von „Vielfalts-Koffern“ (Bücher, Spiele) an Kitas.
 3. **Leitbild:** Verankerung von geschlechtlicher Vielfalt in den pädagogischen Rahmenkonzepten städtischer Kitas.

Zu 2.2: Aufarbeitung der queeren Stadtgeschichte

Das Sichtbarmachen queerer Geschichte ist ein Akt des kollektiven Gedächtnisses. Identität braucht historische Wurzeln. Die Unterstützung der Recherchearbeit, etwa durch die HuK, und Projekte wie Stolpersteine sind essenziell, um vergangenes Unrecht anzuerkennen und das Geschichtsbewusstsein der Stadtgesellschaft zu schärfen.

Unser Projektvorschlag: „Darmstadt erinnert bunt“ – Queere Stadtgeschichte

- **Ausgangslage:** Queere Geschichte wurde oft unsichtbar gemacht; Aufarbeitung stärkt Identität.
- **Wissenschaftlicher Ansatz:** *Collective Memory*. Ein gemeinsames Gedächtnis, das auch Minderheiten einschließt, fördert den sozialen Zusammenhalt der gesamten Stadtgesellschaft.
- **Maßnahmenplan:**
 1. **Forschungsauftrag:** Finanzierung eines Rechercheprojekts (ggf. Stipendium) unter Einbindung der HuK.
 2. **Sichtbarkeit:** Konzeption einer Wanderausstellung oder thematische Stadtrundgänge.
 3. **Publikation:** Veröffentlichung der Ergebnisse.

3. Öffentliche Infrastruktur: Barrierefreiheit für alle

Zu 3.1 & 3.2: Unisex-Toiletten und Barrierefreiheit im Queeren Zentrum

Wir folgen hier dem Prinzip des *Universal Design*. Öffentliche Räume (Schulen, Sportstätten, das Queere Zentrum) müssen so gestaltet sein, dass sie ohne Anpassung für alle nutzbar sind.

- Die binäre Trennung von Sanitäranlagen erzeugt für trans* und inter* Personen Exklusionsstress. Die Einrichtung von All-Gender-Optionen ist ein Gebot der baulichen Inklusion.
- Ebenso ist die Barrierefreiheit des Queeren Zentrums (Rollstuhlzugang) eine Frage der Intersektionalität: Niemand darf aufgrund der Überschneidung von queerem Sein und körperlicher Beeinträchtigung ausgeschlossen werden.

Unser Projektvorschlag: „Räume für alle“ – Barrierefreiheit & Unisex-Optionen

- **Ausgangslage:** Binäre Toiletten und fehlende Barrierefreiheit (Queeres Zentrum) schließen Menschen aus; KJSG-Konformität (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz) bis 2028 nötig.
 - **Wissenschaftlicher Ansatz:** *Universal Design*. Gestaltung der Umwelt so, dass sie von allen Menschen ohne Anpassung genutzt werden kann.
 - **Maßnahmenplan:**
 1. **Bauleitplanung:** Standardmäßige Einrichtung von „All-Gender-Toiletten“ bei allen städtischen Neubauten/Sanierungen (Schulen, Sporthallen).
 2. **Sanierung Queeres Zentrum:** Bereitstellung von Investitionsmitteln für eine barrierefreie Nutzung zur Erfüllung des KJSG bis 2028.
-

4. Kommunales Handeln: Strukturelle Verankerung

Zu 4.1: Stärkung der Koordinationsstelle & Sprache

Die Weiterentwicklung der Koordinationsstelle LSBT*IQ ist notwendig, um *Diversity Mainstreaming* in der Verwaltung zu verankern. Verwaltungshandeln und Sprache schaffen Realität; diskriminierungsfreie Formulare und Prozesse sind daher kein „Nice-to-have“, sondern eine demokratische Pflicht. Die Aufnahme in Netzwerke wie „Rainbow Cities“ erhöht zudem die Verbindlichkeit dieser Bemühungen.

Zu 4.2: Netzwerk gegen Gewalt

Die aktive Teilnahme am „Netzwerk gegen Gewalt“ und Programme wie „Gewalt-Sehen-Helfen“ sind imperativ. Aus kriminologischer Sicht ist situative Prävention durch vernetzte Akteure der wirksamste Schutz vor Hasskriminalität. Darmstadt muss hier seiner Schutzverantwortung nachkommen.

Unser Projektvorschlag: „Darmstadt handelt“ – Vernetzung und Sprache

- **Ausgangslage:** Notwendigkeit diskriminierungsfreier Verwaltungssprache und Schutz vor Gewalt.
- **Wissenschaftlicher Ansatz:** Situative Kriminalprävention. Einbindung in Netzwerke erhöht die Reaktionsgeschwindigkeit und Sensibilität von Behörden.
- **Maßnahmenplan:**
 1. **Netzwerke:** Beitritt zum „Rainbow Cities Network“ und aktive Mitarbeit im „Netzwerk gegen Gewalt“ (Programm „Gewalt-Sehen-Helfen“).

2. **Sprachleitfaden:** Überarbeitung aller städtischen Formulare auf geschlechtsneutrale Sprache und Inklusion der Option „divers“/offen.
 3. **Schutzkonzepte:** Explizite Nennung von TIN*-Personen in städtischen Sicherheitskonzepten.
-

5. Förderung queerer Strukturen: Ressourcen sichern

Zu 5.1: Personelle Ausstattung im Jugendzentrum

Die Forderung nach einer dritten Stelle ist fachlich gut begründet. Das klassische binäre Betreuungsmodell (männlich/weiblich) bildet die Realität der Jugendlichen im Queeren Zentrum nicht ab. Um dem Diversitätsansatz und den steigenden pädagogischen Anforderungen gerecht zu werden – sowie die gesetzlichen Vorgaben ab 2028 zu erfüllen – ist eine Anpassung des Personalschlüssels folgerichtig.

Zu 5.2: Förderung des CSD

Der CSD ist ein „Dritter Ort“ (Oldenburg) – ein Raum der Gemeinschaftsbildung, der weit über eine „Party“ hinausgeht. Dass ehrenamtliches Engagement durch hohe Gebühren behindert wird, während andere Städte fördern, stellt ein Ungleichgewicht dar. Wir sehen den CSD als unverzichtbaren Faktor für die Sichtbarkeit und Akzeptanz und werden uns für eine Anpassung der Förderrichtlinien einsetzen.

Unser Projektvorschlag: „Struktursicherung Queer Community“

- **Ausgangslage:** Steigende Bedarfe im Jugendzentrum (3. Stelle nötig) und finanzielle Belastung des CSD.
- **Wissenschaftlicher Ansatz:** Ressourcenmobilisierungstheorie. Soziale Bewegungen benötigen professionelle Strukturen (Personal, Budget), um ihre gesellschaftliche Funktion (Integration, Aufklärung) dauerhaft zu erfüllen.
- **Maßnahmenplan:**
 1. **Stellenplan:** Schaffung einer 3. Teilzeitstelle (an TVöD angelehnt) für das Queere Jugendzentrum zur Erfüllung des Personalschlüssels nach KJSG ab 2028.
 2. **Kulturförderung:** Festlegung einer jährlichen institutionellen Förderung für den CSD und Erlass der Sondernutzungsgebühren.